

Bezugspreis:
Direktbezug: 30.- M. monatlich 10.- M.
Inkl. ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.- M. einschl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheingebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 20.- M. für
das übrige Ausland 27.- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Gedlung und Ringarten“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komposition
kostet 5,50 M. „Achtspaltige“
das fertige Gedruckte Wort 1,50 M. (10-
läufig zwei fertige Gedruckte Worte). Jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Stellenanzeigen das erste
Wort 1.- M. jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 27. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Briands Sieg in der Kammer.

Die französische Kammer stimmte gestern abend über eine Vertrauensresolution für Briand ab. Die Abstimmung über den ersten entscheidenden Teil ergab 402 Ja, 163 Nein. Das Ergebnis der zweiten Abstimmung lag bei Schluß der Redaktion noch nicht vor, doch läßt das Stimmenverhältnis der ersten darauf schließen, daß der Sieg Briands vollständig ist.

Paris, 26. Mai. (WZB.) Die heutige Kammer Sitzung beginnt unter wesentlich geringerer Beteiligung des Publikums als die vorhergegangenen. In Fortsetzung der Interpellationsdebatte erweist zuerst Abg. Corin das Wort, um die Ergebnisse der Volksabstimmung in Oberschlesien durchzusprechen. Die ober-schlesische Frage interessiert im höchsten Grade die Sicherheit Frank-reichs und die Aufrechterhaltung seiner Allianz. Die Abgeordneten hätten immer den Versuch gemacht, die Hand auf Mitteleuropa zu legen, sie hätten auch die Volksabstimmung in Oberschlesien ge-fürchtet (!). Er persönlich habe keine Antipathie gegen den Reichstangler Dr. Brüning, aber dieser habe einige Mitarbeiter, die ihn beunruhigen. Die deutsche Regierung habe vielleicht die Ab-sicht, Befriedigung zu geben, aber habe sie auch die Macht dazu? Trotz des Schließens der ober-schlesischen Grenze bestehe die Gefahr fort. Es fragt sich, ob man jetzt in Berlin mit einer vorüber-gehenden Regierung zu tun habe. Ministerpräsident Briand ruft daraufhin: Das kann überall vorkommen, selbst in Frankreich. (Heiterkeit.) Abg. Vorin setzt darauf seine Betrachtungen über das Ergebnis der Volksabstimmung in Oberschlesien fort.

Ministerpräsident Briand

unterbricht den Redner und erinnert daran, wie die schweren Unruhen in Oberschlesien entstanden sind. Einerseits dadurch, daß ge-wisse deutsche Hoffnungen ermutigt wurden, während die Polen, entmutigt, sich erhoben hätten. Wiederrum spricht der Ministerprä-sident seine Meinung dahin aus, daß die Militärs, die in Ober-schlesien seien, in dem erregten Lande vielleicht nicht so gear-beitet hätten, wie man es hätte wünschen dürfen. Warum solle man nicht Juristen und Techniker, das heißt Ingenieure, berufen, die die Lage prüfen und Vorschläge for-mulieren, die der Friedensvertrag vorsehe? Tatsächlich seien da, wo die Bevölkerung sich als polnisch erwiesen habe, die Gebiete Polen benachbart, und, wo die Bevölkerung sich für Deutschland aus-gesprochen habe, Deutschland benachbart. Was die wirtschaft-lichen Fragen anbetrifft, so gebe es Sorgen, von denen man sprechen müsse. Ohne die Empfindlichkeit der Polen zu verletzen, das Industriegebiet arbeite für die ganze Welt. Aus diesem Grunde bestimme auch der Friedensvertrag, daß auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht genommen werden müsse. In vielen Ländern, die Polen nicht ungünstig gesinnt seien, wolle man ver-hindern, daß eine unerfahrene Leistung die reichen Industrien ver-nichte. Die industrielle Durchdringung sei so, daß diese Befürdun-gen gerechtfertigt seien. Alle diese Fragen müßten in den Ästen geregelt werden, die dem Obersten Rat vorgelegt würden, damit er seine Entscheidung treffen könne. Das sei auch die beste Bedingung für Polen, damit die Frage vernünftig und ohne Zweideutigkeit ge-regelt werde. Frankreich habe von der polnischen Regie-rung verlangt, daß die Bedingungen des Vertrages vervoll-ständigt werden, damit,

wenn Deutschland Oberschlesien genommen würde,

man ihm nicht auch die Zahlungs-mittel nehme, denn 15 Jahre hindurch müsse es Rohmaterialien zu den heutigen Bedingungen be-ziehen können, und die Gebiete seien verpflichtet, an den Reparations-verpflichtungen Deutschlands teilzunehmen. Er sei über-zeugt, daß die polnische Regierung geneigt sei, daß diesen wirtschaft-lichen Befürchtungen Folge geleistet werde. Nun verbliebe nur noch die Interpretierung der Abstimmungsziffern nach Kommunen sowie eine geographische Gruppierung unter Berücksichtigung der Volks-meinung.

Der französische Standpunkt

sei, daß die reichste Minenregion Polen zugesprochen werde. Wenn die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen hätte, dann würde sich Frankreich dem Votum fügen. Aber die Be-völkerung habe sich für Polen ausgesprochen. Das sei aber kein Grund, daß man Polen diese Gebiete, die ihm zulämen, nicht zu-sprechen werde. (Allgemeiner Beifall.)

Der Abg. Vorin dankt dem Ministerpräsidenten für diese Er-klärung und geht schließlich zu dem Reparationsproblem über, das nicht nur eine Ziffernfrage sei, sondern auch eine Frage der Energie. Die französischen Soldaten, die am Rhein Wache hiel-ten, seien da, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen. Man verlange, daß Polen, das Frankreichs Verbündeter sei, auch von den französischen Soldaten beschützt werde.

Die Bemerkung des Abgeordneten Vorin, daß die französischen Truppen auch Polen beschützen müßten, veranlaßt Minister-präsident Briand zu der Erklärung, erste Schwierig-keiten seien in Oberschlesien in dem Augenblick entstanden, in dem Deutschland sich hätte berechtigt glauben können, ein Heer nach Oberschlesien zu entsenden, um die Ordnung wieder herzustellen. In diesem Augenblick habe er Deutschland wissen lassen, wenn es eine derartige Operation unternähme, würde es die ver-hängnisvollsten Konsequenzen entziffern. Deutschland habe voll-kommen verstanden und seit gestern hätten sich Detache-ments organisiert, um die unbotmäßigen Abteilungen zu umzin-geln. Wenn man nicht die Jahrestasse 1919, also genügende Kräfte,

gehabt hätte, wären derartige Raidschläge vielleicht nicht gehört worden. Die französische Waffengewalt am Rhein aber habe es ge-stattet, Befriedigung zu erzielen. Frankreich sei loyal, wie es immer gewesen sei. Die Wacht am Rhein würde nicht ge-schwächt; wenn nötig, würde sie angewandt werden. (Beifall.)
In der Debatte erhält zuerst das Wort der

Abgeordnete Klotz:

Er erinnerte daran, daß Briand gesagt habe, es gäbe zwei Systeme, das der Abgeordneten Lardieu und Forgeot und das seinige. Das erstere sei nach seiner Ansicht ein Sprung ins Dunkle. Er habe dann gesagt, er habe seine Verantwortlichkeit übernommen und die Abgeordneten aufgefordert, das Gleiche zu tun. Damit wolle er sagen, man solle seine Verantwortlichkeit teilen. Klotz fragt Briand, ob er nicht glaube, daß man England schon genug Konzessionen ge-macht habe. Ministerpräsident Briand ruft daraufhin: Unsere Allierten haben ebenjoviel getan und vielleicht mehr als wir! Klotz führt weiter aus, die Gründe für die Reibungen seien zwischen England und Frankreich immer zahlreich gewesen. Schon im Abkommen von 1904 seien sie sehr ernst gewesen. Aber dieses Abkommen habe die französisch-englische Allianz ermöglicht. Der Abgeordnete spricht alsdann von den finanziellen Klauseln des Londoner Abkommens. Durch einen Zwischenruf daran erinnert, daß er früher erklärt habe, Deutschland werde alles zahlen, behauptet Klotz, man habe diese Äußerung entziffert. (Der Abgeordnete wird so oft unterbrochen, daß der Kammerprä-sident kaum die Ruhe herstellen kann.) Er habe gesagt, Deutschland werde zahlen, es müsse zahlen, denn man habe die Macht, es zu zwingen. (Es entsteht wieder große Unruhe, so daß kein Wort des Redners zu verstehen ist.)

Nachdem Ruhe eingetreten ist, wirft Klotz der Regierung vor, daß sie nicht zur gegebenen Stunde Deutschland begreiflich gemacht habe, daß Frankreich entschlossen sei, dem Friedensvertrag Respekt zu verschaffen. Der Ministerpräsident habe gesagt — das sei noch nicht 14 Tage her —, der Friedensvertrag sei nicht lebendig. Einige Tage darauf habe der gleiche Ministerpräsident sich auf diesen Friedensvertrag gestützt, weil er wohl gemut habe, daß dies der letzte Stützpunkt für Frankreich sei. Nach dem Abkommen von London müsse Frankreich, um zu Zahlungen zu gelangen, Lieferungen entgegennehmen und den Wiederaufbau gestatten. Er fragt, unter welchen Bedingungen die Schahbonds placiert werden sollen. Die kardanenden Fachleute aller Länder hätten gesehen, welch ungeheuren Nutzen man aus der Mobilisierung der Schuld ziehen könne. Frankreich könne das Geld von Amerika erlangen. Aber es müsse sich damit begnügen, wenn es für 100 Goldmark 60 oder 65 Goldmark bekomme. Klotz fragt den Ministerpräsidenten Briand, ob es falsch sei, daß die englische Hochfinanz gegen die Befreiung des Ruhrgebietes gewesen sei. (Beifall.) Briand ruft: Arbeiten Sie doch nicht mit solchen Argumenten! Klotz erwidert, er verlange einfach, daß man sage, das sei falsch. Er kritisiert im weiteren die finanziellen Klauseln und greift die internationale Hochfinanz an. Er wolle keine Friedens-gewinner. Er stelle fest, daß die Regierung wegen der Nicht-bezahlung der 12 Milliarden Goldmark keine Sanktionen ergriffen habe. Die Regierung habe sogar das getan, was sie nicht hätte tun dürfen. Sie habe diese Summe zur großen Schuld geschlagen. Das sei eine Abänderung des Friedensvertrages, die ohne die Zustimmung des Parlaments die Staatsfinanzen beeinträchtige. Diese Entscheidung wirke auf das Budget ein. Aber auf alle Fälle hätte durch Gesetzentwurf der Arti-kel 235 des Friedensvertrages abgeändert werden müssen. So müsse man jedoch von dem französischen Steuerzahler verlangen, daß er ein neues Opfer bringe. Warum habe man nicht die Sanktionen spielen lassen? Hätte nicht die Reparationskommission den Weg gezeigt, den man hätte gehen müssen?

Ministerpräsident Briand erwiderte, der Abg. Klotz habe ge-sagt, die Kammer sei nicht in der Lage, sich über das Abkommen von London auszusprechen und es entspreche nicht dem konstitu-tionellen Recht, die Kammer nicht wegen der Abänderungen zu be-fragen, die in London am Friedensvertrage vorgenommen worden seien. In London sei nur ein politisches Abkommen getroffen worden. Das Abkommen entspreche der französischen Forderung. Frankreich habe sich geweigert, der deutschen Regie-rung Vorschläge zu machen, die England dann vorgeschlagen habe. Deutschland habe eine Frist von zehn Tagen erhalten, um den alliierten Standpunkt anzunehmen. Die Reparations-kommission habe Deutschland die Entscheidung mitgeteilt, aber nicht die Regierung. Die Regierung habe das Recht, sich gegen Kritik zu verteidigen. Er habe für den Vertrag von Versailles gestimmt, — weil er das Gefühl gehabt habe, daß man nicht mehr auf das zurückkommen dürfe, was aufgehoben sei und weil er die Schwierigkeiten erkannt habe, welche die Regierung während der Friedensverhandlungen gehabt habe. Er habe auch heute die Ueber-zeugung, daß die Regierung von damals das Beste getan habe, aber er finde es doch etwas stark, daß ihm Klotz Vorwürfe mache wegen der mittelmäßigen Ergebnisse des Vertrages, über den er — Klotz — verhandelt habe. Der Vertrag habe es einer Kom-mission überlassen, mit Stimmenmehrheit die Höhe der Schuld der Alliierten zu bestimmen. Es werde gesagt, man hätte die 12 Milliarden nicht im Rest der Forderung aufgehen lassen sollen. Die Reparationskommission aber habe auf Grund des Arti-kels 234 geglaubt — und zwar einstimmig —, daß sie die Gesamtschuld festlegen könne. Alle Juristen hätten das ge-billigt und seien darüber einig. Sehr müsse die Kammer sagen, ob sie Vertrauen zur Regierung habe. Die Regierung

könne nicht fortwährend umsonst werden.

Das Land denke, daß die Regierung Ruhe haben müsse, um ohne Schwäche arbeiten zu können. (Beifall links und in der Mitte, Widerspruch rechts.)

Briand fährt fort: Die Kammer muß wählen zwischen der These von Klotz und der meinigen. Ich halte die Entscheidung der Reparationskommission für gut und dem Wort-laut des Vertrages entsprechend. Der Vorschlag von Klotz, aufzu-schieben, sei unter solchen Bedingungen vorgebracht worden, daß, wenn die Regierung es für recht erachte, ihn anzunehmen, eine andere Regierung es sein würde, mit der es die Kammer dann zu tun habe. Es entsteht große Unruhe; die Worte von Klotz und Briand werden laut kommentiert. Briand will von der Redner-tribüne her absteigen, infolgedessen tritt Ruhe ein und er kann fortfahren. Er sagt, wenn die Regierung seit vier Tagen ange-griffen werde, dann habe er wohl das Recht, zu verlangen, daß man seine Antwort anhöre. Er begreife das Argument von Klotz nicht. Er sage, weil die Debatte vollkommen gewesen sei und die Regierung klar auf alle Fragen geantwortet habe, sei die Debatte verwirrt ge-wesen. Man gebrauche keinen neuen Aufschub; es wäre nicht würdig der Kammer; sie müsse wissen, was sie zu tun habe. Infolgedessen lehne die Regierung jedes dilatorische Ver-handeln ab. Die Kammer müsse heute eine Entscheidung treffen. Die Regierung denke, ihre Pflicht erfüllt zu haben, es sei aber vollkommen berechtigt, daß die Kammer nicht der gleichen An-sicht sei. Die Regierung habe schwere Stunden durchlebt; sie glaube, sie gut überstanden zu haben. Sie habe über ihr Handeln Rechenschaft abgelegt, daß es gerade und gemäßigt ge-wesen sei, im Einverständnis mit den Alliierten und ohne ein wesentliches Interesse Frankreichs geopfert zu haben.

Wenn die Geschichtsschreiber alle Protokolle in Händen haben werden, werden sie die Geschichte des Friedensvertrages schreiben. Ich will nicht diskutieren, ich nehme die Lage, wie sie ist, und ich finde sie gut, um dem Lande Vertrauen einzufloßen. Wir wollen daran mitarbeiten, daß das Werk der Reparationskommission im Einverständnis mit unseren Alliierten erfüllt werde.

Wenn morgen andere kommen, die eine andere Politik machen als die meinige, eine kühnere Politik, und die Regierung ihnen den Platz räumen muß,

dann sagen Sie das frei heraus,

sich der Stimme enthalten, darf niemand, denn wer sich em-pfiehlt, ist gegen die Regierung. Die Stunde der Nuance ist vorüber, wenn es sich um auswärtige Politik handelt. Die Ver-treter des Landes

müssen ja oder nein sagen.

(Stürmischer Beifall.)

Abgeordneter André Lefèvre

fragt, warum man nicht auf den Bericht der Finanzkommission zurückgreife und sich mit einer so einfachen Tagesordnung über so eine ernste Frage begnüge. Das sei nicht möglich. Er habe dem Vertrag nicht zugestimmt, er könne ihn also auch kritisieren. Auch er frage, warum die Regierung nicht die Zahlung der 20 Milliarden verlange. Wenn man, wie Briand es verlange, das Abkommen nicht kritisieren dürfe, dann sei das die

Verneinung des parlamentarischen Regimes.

Wenn man ihm Vertrauen ausspreche, dann gebe man nach dem Worte eines seiner Mitarbeiter das Vertrauen blindlings. (Bei-fall rechts und auf einigen Bänken der Mitte und links.)

Die Debatte wird geschlossen. Es werden hierauf zwölf Tages-ordnungen eingebracht. Ministerpräsident Briand nimmt die Tages-ordnung Arago an, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer betrachtet das von Deutschland angenommene Londoner Abkommen als das Minimum,

das die Sicherheit und die Wiederherstellung Frankreichs unerläßlich garantiert. Sie vertraut darauf, daß die Regierung durch die streng kontrollierte Entlassung Deutschlands und durch die von Deutschland anerkannte restlose Bezahlung der Schuld das Recht Frankreichs durchsetzen wird und daß sie ent-sprechend ihren Erklärungen die unmittelbare Anwen-dung der Sanktionen verlangen wird, falls Deutschland gegen die von den Verbündeten unterzeichneten Verpflichtungen des Londoner Abkommens verstößt.

Sie vertraut weiter darauf, daß die Regierung in der ober-schlesischen Frage die strikteste und loyalste Ausführung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages nach seinem Geiste wie nach seinem Buchstaben sichern wird. Sie lehnt deshalb jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über.“

Romans der Radikalen und Radikalsozialisten erklärt herriol, auch er habe vieles an dem Abkommen von London auszusprechen, aber wenn die Forderung Frankreichs sabotiert sei, dann wolle er der Regierung keine Schwierig-keiten bereiten. Frankreich könne mutig in die Zukunft blicken.

Es folgte sodann die Abstimmung.

Der Meinungsaustausch dauert fort.

London, 26. Mai. (WZB.) Renter erzählt, daß zwischen den Regierungen von Paris, London und Rom der Mei-nungsaustausch über die Regelung der ober-schlesischen Frage noch anhält.

Die Mehrheit in Oberschlesien.

Die Beratungen über das Schicksal Oberschlesiens innerhalb der französischen Kammer wie innerhalb der Entente bewegen sich in sachlicheren Bahnen. Briand hat vorgeschlagen, eine Kommission von Ingenieuren und Juristen zur Auslegung des Friedensvertrags heranzuziehen. Aber er erklärte in einem Atem, daß die Bevölkerung der reichen Berggebiete sich für Polen entschieden habe. Eine unklare Wendung — denn das Kohlengebiet, auf dem sich die verarbeitende Industrie Oberschlesiens aufbaut, das sogenannte Zentralgebiet, steht auf einer Kohlengrundlage, die schon stark erschöpft ist, und die „reichen Berggebiete“, wenn man darunter die größten Kohlenfelder versteht, liegen in den Kreisen Rybnik und Pleß. Im Kreise Pleß stampfen die letzten Aueröcher deutschen Boden, er besteht überwiegend aus Forsten und Agrarland — er hat polnisch gestimmt. Der Kreis Rybnik ist industrielles Jungland, wie ganz Polen, das selber unter seiner Oberfläche mehr Kohlen birgt als ganz Oberschlesien, sich aber gern die Mühe ersparen möchte, selbst an die Ausschließung der Bodenschätze heranzugehen, nachdem es seine Petroquellen ausländischem Kapital überantwortet hat. Meint Briand mit den „reichen Berggebieten“ das Zentralgebiet oder meint er nur die Südosträume oder will er — was am wahrscheinlichsten ist — nicht allzu deutlich sein, um den englisch-französischen Gegensatz in der Grenzfrage nicht wieder aufzufrischen?

Wie dem auch sei, die ober-schlesische Frage gruppiert sich sachlich um das Zentralgebiet. Ist es deutsch, so ist selbst der englische Vorschlag, wonach Pleß und Rybnik polnisch werden sollten, schon ein schwerer Schlag gegen Wortlaut und Geist des Friedensvertrages. Dieser verlangt ja nicht nur die Berücksichtigung der Gemeindergebnisse, sondern vor allem die wirtschaftlichen Zusammenhänge, und da gehörten die ausgebauten Eisen- und chemischen Werke des Zentralgebiets mit ihren erschöpften Kohlenfeldern zu der Kohlengrundlage, wie die Kuh zur Weide. Das muß als Grund- sache aufrechterhalten werden, mag man sonst über etwaige Grenzkonzessionen, die den Rahmen des wirtschaftlich Möglichen nicht überschreiten und schon darum nur gering sein könnten, denken wie man will.

Und das Zentralgebiet hat deutsch gestimmt! Keine Sophistik kann darüber hinwegtäuschen. Wenn man in Frankreich gleichwohl anderer Meinung ist, so deshalb, weil man die Ergebnisse der Stimmabgabe, die große deutsche Mehrheiten aufzuweisen gehabt haben, außer Anschlag lassen zu können geglaubt hat. Im polnischen Vortragsbuch sind die Stimmabgaben nichts anderes als deutsche Beamten- und Kaufmannskolonien, deren Bevölkerung aus dem Westen eingedrungen ist. Das ist sachlich unrichtig. Aber selbst wenn man das deutsche Übergewicht in den Städten geringer veranschlagen wollte, so müßte es die Franzosen doch einigermaßen wundern, daß auch viele der volkreichen Industrie- dörfer, wie Laurahütte, Bismarckhütte, Schwientochlowitz, Chorzow, Siemianowiz — also keineswegs nur deutsch- klingende Ortschaften — deutsche Mehrheiten hatten. Schließlich darf man doch auch nicht vergessen, daß das deutsche Element gerade in Gegenden, die stark der polnischen Gewalt- propaganda ausgesetzt waren, nicht nur durch Terrorakte mundtot gemacht worden ist, sondern auch dadurch, daß man allen seit 16 Jahren zugewanderten Nichtober- schlesiern das Stimmrecht entzog. Es gibt un- seres Wissens keinen Staat der Welt, wo man erst 16 Jahre wohnen muß, um die Bürgerrechte erwerben zu können. In Oberschlesien hat man dieses bisher ungeschriebene Recht ohne Parlament, ohne Volksbefragung in Geltung gesetzt. Und der Erfolg? — Allorts gingen dem Deutschtum Hunderte von Stimmen verloren, Stimmen, die mit winzigen Ausnahmen sich gegen Polen erklärt hätten.

Das muß man im Auge behalten, es ist fast vergessen. In Paris scheint man jedenfalls nichts davon zu wissen. Herr Briand hat kürzlich erklärt, Frankreich müsse die ober-schlesische Frage doch sicherer beurteilen können, da es den 20 englischen Beobachtern der dortigen Verhältnisse 205 französische gegen- überstellen kann. Trifft das schon nicht auf die Zustandsbe- wegung zu, so noch viel weniger auf die Beurteilung des Ab- stimmungsergebnisses. Sonst müßte man diese Faktoren in Rechnung stellen, ehe man urteilt. Und man müßte wissen, daß es in einem so dichtbevölkerten Industriegebiet, wie dem ober-schlesischen Zentralgebiet, keinen Unterschied zwischen Stadt und Land gibt. Die ober-schlesische Arbeiter-schaft wohnt teils in den Dörfern des Industriegebiets, teils in den Städten, teils auf dem platten Land, von wo sie täglich oder für die ganze Woche zur Arbeit fährt. Die letzteren haben in ihren Heimatgemeinden abgestimmt, interessieren also hier weniger. Was aber die im Industriegebiet ansässige Bevölkerung an- geht, so fällt der Unterschied der Stimmung in den Städten samt den zu den Landkreisen gezählten volkreichen Dörfern zu den auf kleinere Ortschaften verteilten in der Tat auf. Die Bergarbeiter, die zu einem wesentlichen Teil aus Polen eingewandert sind, um ihrerseits wieder Arbeitskräfte nach dem besserbezahlten Ruhrgebiet abzugeben — auch diese haben mit den Emigranten gestimmt —, sind vorwiegend polnisch gesinnt, besonders in den östlichen und südlichen Rand- gebieten. Dagegen sind die Arbeiter der Fabriken und vor allem die Metallarbeiter, ebenfalls so gut wie durchweg Ein- heimische, zu neun Zehnteln deutsch. Sie sind in der er- brückenden Mehrheit in deutschen Gewerkschaften organisiert und gehören zu der Elite der Arbeiterschaft. Ihre Tätigkeit, ihr Bildungsdrang, ihr höheres kulturelles Empfinden führte sie in die Städte. Darum haben die volkreichen Ortschaften deutsch gestimmt, darum ergab sich für die Stadt- und Landkreise zusammen in Kattowiz, Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg in Verbindung mit den übrigen deutschen Ar- beitern eine deutsche Mehrheit, darum ist das Zentralgebiet, darum ist Oberschlesien deutsch!

Wer wie Korfanty nur die Gemeindergebnisse berück- sichtigt sehen will, was dem Friedensvertrag offen wider- spricht, der erklärt damit, daß der Einwohner von Kadlubitz das schlagende Stimmrecht hat wie der Einwohner von Königshütte. Ist das Völkerdemokratie?

Das sollte man in Paris einmal ruhig überlegen. Dann braucht man in der Entscheidung über Oberschlesien weder das Völkerrecht noch auch Adam Riese zu vergewaltigen.

Neue Kämpfe in Oberschlesien.

Oppeln, 26. Mai. (TU.) Seit heute morgen gegen 3 Uhr sind bei Malapanec, Kasch und Groß-Stein wieder Kämpfe im Gange, die bis 9 Uhr vormittags andauerten. Groß-Stein wurde vollständig mit polnischem Artilleriefeuer belegt. Auf deutscher Seite wird von diesem Kampfmittel zwecks Schonung der hoffentlich in kurzer Zeit wieder Deutschland zuzusprechenden Städte

und Ortschaften Oberschlesiens kaum Gebrauch gemacht. Heftige An- griffe richteten sich erneut gegen Biasejna und Barez. Ohne Zweifel haben sich die Aufständischen nördlich von Rosenberg ver- stärkt. Bei Zankow wurden zwei polnische 10,5-Geschütze fest- gestellt, die Kadaw und Lemke ständig unter Feuer hielten.

London, 26. Mai. (TU.) Die Reuter vernimmt, bemühen sich die französischen Truppen in Kattowiz außerordentlich, um die Wasser-versorgung, die die Aufständischen für vier Tage abgeschnitten hatten, wiederherzustellen. Ferner ergriffen die Fran- zosen kräftige Maßnahmen, die Aufständischen zu zwingen, die un- gerechtfertigte Blockade von Kattowiz aufzuheben. In dem Bezirk Lublitz verstärken die Aufständischen ihre Stellungen durch Stacheldraht.

Sechs englische Bataillone für Oberschlesien.

London, 26. Mai. (WTB.) Das Kriegsamt teilt mit, daß das erste der vier englischen Bataillone, die vom Rhein nach Ober- schlesien gehen, Köln Freitag nacht verlassen wird. Außer diesen vier Bataillonen werden noch zwei Bataillone irischer Regimenter, die jetzt in England sind, nach Oberschlesien gehen, so daß sich schließlich sechs englische Bataillone dort befinden werden.

Ein italienisches Zeugnis.

Der stellvertretende italienische Kommissar bei der Interalliierten Kommission in Oppeln, Professor Passigli, ist vor einigen Tagen in Rom eingetroffen und hat einem Mitarbeiter der römischen „Epoca“ eine Unterredung über die Vorgänge in Oberschlesien ge- währt, in der er u. a. erklärte:

„Es ist unleugbar, daß die Franzosen der polnischen Sache günstig gesinnt sind. Was war insofern die Aufgabe der Italiener? Ihre Aufgabe war, diese Begünstigung zu mäßigen und sich einfach neutral zu verhalten. Aber in dem simplistischen und wenig unterrichteten Geiste der Massen entstand daher notwendigerweise die Ueberzeugung, daß die Italiener, nur weil sie auch die Interessen der Deutschen in Schutz nahmen, die Deutschen begünstigten.“

Charakteristisch hierfür ist der Fall, der sich in einem Wald in der Nähe von Groß-Strehlitz abspielte, der von starken pol- nischen Insurgentenkräften besetzt war. Diese Insurgenten unter- hielten während drei oder vier Tagen Gewehrfeuer gegen zwei italienische Kompagnien. Die Erkennung einer italienischen Kompagnie durch eine französische genügt, um das Feuer sofort einzustellen.“

Daraus muß man schließen, daß, wenn nur die französischen Truppen es gewollt hätten, es niemals zum Aufstand gekommen wäre. Dieses Zeugnis des italienischen Kommissars bestätigt nur die deutsche Auffassung, wonach die Korfantische Erhebung nur mit der Duldung, ja mit dem Einverständnis der Franzosen möglich war.

Blätter, die man in Polen nicht lesen darf.

Warschau, 26. Mai. (CC.) Die polnische Staatspolizei hat in ganz Polen die Verbreitung der Pariser „Humanité“ und des Londoner „Daily Herald“ verboten. Die erwähnten Zeitungen dürfen nicht einmal von Zeitungsredaktionen bezogen werden.

Die polnische Ministerkrise.

Warschau, 26. Mai. (TU.) Der Staatschef hat die Demis- sion des Häupten Sapieha angenommen und den Unter- staatssekretär Jan Dombiski mit der Führung der Geschäfte des Außenministeriums beauftragt. Die Verhände zur Bildung eines Koalitionskabinetts sind als gescheitert anzusehen, da die nationale Arbeiterpartei, die „Bytowski-Gruppe“ und die Sozialisten sich weiter ablehnend verhalten. Ein Kabinett desentrums und der Rechten ist kaum wahrscheinlich, da in der polni- schen Volkspartei starke Strömungen gegen ein solches Kabinett be- stehen. Die meisten Ansichten hat ein Kabinett der bürger- lichen Mitte von der nationalen Volksvereinigung bis zur Bürgerpartei.

Die Sanktionsfrage.

Paris, 26. Mai. (WTB.) Wie „Deure“ mitteilt, hat bei der gestrigen Unterredung mit Briand der englische Botschafter Lord Hardinge wegen der Aufrechterhaltung der Besetzung von Häfen des rechten Rheins, also der Städte Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, durch französische und belgische Truppen Vorstellungen erhoben.

Paris, 26. Mai. (CC.) Auf eine Anfrage des Senators Milies-Lacroix erklärte der Ministerpräsident: Bezüglich der Kosten für die Mobilisierung des Jahrganges 1919 werde die französische Regierung von der Reparationskommission fordern, daß diese in die allgemeinen Ausgaben für die Be- setzungskosten aufgenommen werden. Da die Reparations- kommission diese Kosten alle drei Monate bestimmt, wird sie sich Ende Juni mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Der Minister- präsident fügte hinzu, daß die Mobilisierung des Jahrganges 1919 im Einvernehmen mit den Alliierten erfolgt sei, da ein Paragraph des Londoner Abkommens bestimmt, daß vom Tage dieses Abkommens an, die Alliierten die nötigen Vorbereitungen zur Besetzung des Ruhrtales gemeinsam zu treffen haben. Dieser Paragraph beziehe sich in klarer Weise auf die Ein- berufung des Jahrganges 1919.

Der deutsch-chinesische Handelsvertrag.

Berlin, 26. Mai. (WTB.) Zu dem zwischen den deutschen und chinesischen Vertretern in Peking abgeschlossenen Abkommen zur Wiederaufnahme der Beziehungen dieser beiden Länder erfahren wir u. a. folgendes:

Der bisher noch formell bestehende Kriegszustand wird beendet, und damit werden die besonderen Kriegsbestimmungen aufgehoben. Die Grundsätze der Gleichstellung und Ge- gensseitigkeit für die Beziehungen der beiden Staaten sollen Anwendung finden. Bestimmungen sind getroffen über die Wie- derentsendung diplomatischer und konsularischer Vertreter. Die Staatsangehörigen des einen Teiles sollen im Gebiete des anderen Teiles Besetzen und Gerichts- barkeit unterworfen sein. In der Betätigung im Handel und in der Industrie werden die Deutschen in China den Angehörigen der anderen Nationen gleichgestellt. In der Frage der Zölle ist beiderseitige Reizbegünstigung vorgesehen. Die Liquidation des deutschen Eigentums wird eingestellt. Hinsichtlich des Versailler Friedensvertrages, dessen Unterzeichnung China, wie bekannt, abgelehnt hat, sind wegen der China betref- fenden Bestimmungen Vereinbarungen getroffen worden. Erwähnt wird, daß die von Deutschland in der Provinz Schantung er- worbenen Rechte nicht an China zurückgegeben werden.

Das Abkommen trägt den Charakter eines vorläufigen Vertrages und seine Bestimmungen sollen als Grundlage für den später zwischen Deutschland und China abzuschließenden Freundschafts- und Handelsvertrag dienen. Es wird nach Eingang des maßgebenden Textes unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden.

Neue Währung für Oesterreich?

Der Finanzausschuß des Völkerbundes prüfte den Ent- wurf für die neue österreichische Emissionsbank. Dieses Noteninstitut würde den Umtausch des jetzigen Geldes in neu aus- gegebene Banknoten vorbereiten und möglichst bald durchführen. Die Wertangabe dieser neuen Noten würde nicht mehr in Kronen erfolgen, sondern in einer neuen Währung. Das auszugebende Kapital würde 100 Millionen Goldkronen betragen.

Bauer über Wiedergutmachung.

Bizkanzler Bauer hatte eine Unterhaltung mit dem Leiter des Berner Pressebureaus „Repubblica“, der ihm im Auftrage der „Tribune de Geneve“ folgende Fragen stellte:

Frage: Glauben Sie, Herr Kanzler, daß die 221 Abgeord- neten, die sich für die Annahme des Ultimatums der Alliierten aus- gesprochen haben, dies mit der Gewißheit getan haben, daß Deutsch- land alle von der Entente gestellten Bedingungen erfüllen kann?

Antwort: Die Mehrheit des Reichstags hat sicherlich ge- wisse Zweifel, ob Deutschland sämtliche Forderungen der Alliierten buchstäblich erfüllen kann. Wer könnte sich auch dafür ver- bürgen, daß unsere Mittel hinreichen, um bis zum letzten Franken den Forderungen der Entente Genüge zu tun! Aber ich versichere und erkläre es der ganzen Welt, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstags die Konsequenzen des Krieges begrei- fen und alles tun werden, um den im Ultimatum gestellten Be- dingungen, die wir angenommen haben, Respekt zu ver- schaffen. In kurzer Frist wird die Regierung vollzählig sein und ihr Programm über die Reparationen vorlegen, deren Notwen- digkeit mir für Frankreich erkennen und die wir Deutschen für unsere Pflicht halten und erfüllen wollen.

Frage: Was wird dieses Programm enthalten?

Antwort: In seinen großen Linien wird dieses Programm eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen enthalten, die es ermöglichen, den Alliierten alles zu geben, was Deutschland zur Abtragung seiner Schuld geben kann. Die jetzigen Steuern werden nicht genügen; sie werden deshalb erhöht werden müssen. Es müssen aber noch andere Wege gefunden werden, um die erforderlichen Mittel aufzubringen. Das Nationalvermögen wird sicherlich herangezogen werden müssen.

Im übrigen erwarten wir, daß die Alliierten, besonders Frankreich, der jetzigen Regierung keine unnötigen Schwie- rigkeiten machen, sondern durch eine gerechte Einschätzung der Mittel Deutschlands zur Erfüllung seiner Verpflichtungen unsere Aufgabe erleichtern werden. Eine sehr große Wichtigkeit lege ich der Garantiekommission bei, die sich bei uns niederlassen und Gelegenheit haben wird, an Orte und Stelle die Leistungsfähig- keit Deutschlands richtig einzuschätzen.

Frage: Wünscht Deutschland sogleich in den Völkerbund einzutreten?

Antwort: Im Augenblick ist der Völkerbund nur eine Ver- bindung gewisser Länder. Wenn er eine wirkliche Gesell- schaft der Nationen sein wird, wird Deutschland mit Ver- gnügen eintreten, um am Weltfrieden mitzuarbeiten.

Frage: Gibt es in Deutschland einen Revanchegedan- ken?

Antwort: Nein, Deutschland kann keinen Krieg suchen. Und das Volk will keinen. Nur gewisse chauvinistische Nationalisten und ein Teil der Kommunisten sprechen von Revanche.

Der Fall Fransecky.

Wir lesen in der Soz. Korz. die folgenden beachtenswerten Ausführungen über General von Fransecky, den „Sachverständigen“ im Leipziger Kriegsverbrecherprozeß: Wes Geistes Kind Herr Ge- neral von Fransecky, dieser Repräsentant des preussischen Militarismus, ist, zeigt seine Beantwortung der Frage, ob denn auch Schläge gegen Kriegsgefangene erlaubt wären: Das wäre Ansichtssache. Dafür erklärte er aber, die Vorschriften über die Gefangenenbehand- lung nicht zu kennen. Und darin zeigt sich die ganze Tragik des Falles Fransecky für die vielen Hunderttausende Deutscher, die selbst das traurige Los traf, hinter feindlichem Stacheldraht zu schmachten und als Kriegsgefangene Fronarbeit zu leisten. Herr Fransecky war nämlich während des Krieges Desachemenschef im Preussischen Kriegsministerium und Leiter der Abteilung für Kriegs- gefangenensachen. Nur daher verfiel das Reichsgericht auf ihn als Sachverständigen. Diesem Manne also waren nicht nur die Kriegs- gefangenen in Deutschland unterstellt, sondern ihm war auch das Wohl und die Fürsorge für die Kriegsgefangenen Deutschen in Frank- reich, England, Rußland und sonstwo anvertraut. All ihr Deutsch- merkt euch das wohl, und ihr werdet euch keineswegs mehr wundern, daß es 3 1/2 Jahre dauerte, bis ein Berner Abkommen die Frage der Kriegsgefangenen international regelte und ihre Lage etwas besserte; daß man sich, zumal in den ersten Jahren des Krie- ges so herzlich wenig um euch kümmerte, denn für Besie- von der Gestrichelung des Herrn von Fransecky wert ihr mit der Gefangenennahme aus der Liste als Deutsche zunächst gestrichen. Das bestätigten ja nur allzu oft jene neutralen Vertreter, denen der diplomatische Schutz der Kriegsgefangenen oblag und die allzu oft ihre eigene Machtlosigkeit bezürndeten mit der Auffassung über die Kriegsgefangenen an den höchsten militärischen Stellen in Preußen-Deutschland. Das konnte aber nur der Fall sein, weil mili- tärische Bureaukraten von den Vorgängen an der Front. Sie tobten ihr Heidentum am grünen Tisch der Heimat aus und erwarben sich die höchsten Kriegsauszeichnungen durch triefende Reden und forche Befehle.

Auraufenthalt des Reichspräsidenten. Wie die P. R. hören, hat sich der Reichspräsident am Donnerstag nachmittag zu einem dreiwöchigen Aurlauf nach Bad Wergelnheim in Württemberg begeben; dort muß er sich einer Kur unterwerfen, da er vor kurzem plötzlich von einem schmerzhaften Leiden befallen worden ist, von dem er durch den Kurgebrauch Heilung erhofft.

Nur teilweise Einstellung des Verfahrens gegen Skarz. Herr Georg Skarz erkrankt und um Aufnahme folgender Mitteilung: „Die Nachricht, daß alle Ermittlungsverfahren gegen mich ein- gestellt worden seien, ist offenbar falsch. Am 20. Mai 1921 er- dante ich von dem Herrn Generalstaatsanwalt beim Landgericht I auf eine Eingabe, in der ich wegen der ca. 60 Beleidigungsprozesse, die ich noch angehängt habe, um Auskunft bat, welche Ermittlungsverfahren und Voruntersuchungen gegen mich schwebten und welche davon eingestellt sind, nachstehenden Bescheid: „Auf die Eingabe vom 20. Mai 1921 gerichtet Ihnen zum Bescheid, daß ich ablehnen muß, Ihnen die erbetene Auskunft zu erteilen.“

General Wraugel wird nach einer Entlassung der Ab- stammigen Regierung in Karlowitz an der Donau Wohnung nehmen. 1000 Soldaten seiner Armee werden bei Wieder- berstellungsgarben in Mazedonien und Serbien be- schäftigt werden.

Groß-Berlin

Die Milchhändler gegen das städtische Milchamt.

In der Hauptversammlung der Vereinigten Berliner Milchhändler, die am Donnerstag in der Brauerei Königsstadt stattfand...

Das Milchamt, so führte er aus, spanne die Geduld des Publikums und des Handels als Gebühr an. Neuerdings wolle das Milchamt offenbar als Konkurrent des freien Handels auftreten.

Zum Schluß wurde eine scharfe Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Die Hauptversammlung der Vereinigten Berliner Milchhändler...“

Frei Frau... Gräfin sogar!

Der Fall einer degenerierten Psychopatin.

Vor der Strafkammer des Landgerichts I hatte sich wegen wiederholten Diebstahls Liesbeth Strick, eine aus besten Verhältnissen stammende Frau, verantworten.

Auf Antrag des Justizrats Broncker haben sich bereits zahlreiche Herrenärzte mit ihr beschäftigt und sind übereinstimmend zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie eine ganz abnorme Persönlichkeit...

es mit einer degenerierten psychopathischen Konstitution zu tun habe, die die Verantwortlichkeit für Straftaten ausschließt.

Ein Opfer der Wettseidenschaft.

Die verderbliche Wettseidenschaft, die schon so viele Opfer gefordert, hat einen braven Mann und seine Familie in namenloses Unglück gestürzt.

Der 51jährige frühere Schneidermeister, jetzige Zeitungsausgeber Hermann Schöber hatte sich unter der Anklage des Mordversuchs vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten.

Notiz zu Pferde.

Als in der vergangenen Nacht gegen 11 Uhr die 61jährige Frau Frida Köpffe den Tiergarten passierte, um nach ihrer Wohnung zu gelangen...

Die wahre christliche Liebe.

In Nr. 93 des „Vorwärts“ brachten wir die Mitteilung, daß der expedierende Sekretär der Berliner Stadtynode Karl Gerth im Wege des Disziplinarverfahrens durch das evangelische Konsistorium der Mark Brandenburg nach 22jähriger einwandfreier Dienstzeit seines Amtes entbunden worden ist.

Daß wegen einiger Vorkälle ein Beamter nach 22 Dienstjahren auf die Strafe gesetzt wird, beweist eine solche Brutalität, daß man sich unwillkürlich fragen muß, wie die christlichen Autoritätsfanatiker ihr Vorgehen mit christlicher Liebe und Güte vereinbaren wollen.

glauben nicht fehl zu gehen in der Vermutung, daß Gerth sich namentlich aus dem Grunde den Haß der christlichen Herren zugezogen hat, weil er als Gewerkschafter sehr energisch für die Interessen seiner Kollegen eingetreten ist...

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft wird zusammen mit der freiheitlich denkenden Beamtenchaft eingehend zu überlegen haben, wie sie diesen Mächten, die noch immer den stärksten Hort der Reaktion bilden, in Zukunft gründlich ihr Handwerk legen kann.

Der Mordversuch am Wannsee. Wie erinnerlich, wurde am 22. April in der Nähe des Freibades Wannsee ein junges Mädchen überfallen. Die Aufklärung des Verbrechens ist bisher noch nicht geklärt...

Die Schwertlilien im Liegenseepark blühen. Ein selten schönes Bild bieten die jetzt blühenden Schwertlilien im Charlottenburger Liegenseepark.

Geschlechtskrank nach Rummelsburg. Der Rogistraf hat beschlossen, die Geschlechtskrankenstation aus dem Obdax nach Rummelsburg zu verlegen...

Im Apollotheater geht am 1. Juni eine große neue Aufführungsspielstätte in Szene unter dem Titel „Der Sportklub“.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Freitag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

- 11. Kreis. Schönberg-Teichmann. 7 1/2 Uhr in Schönberg bei Döb., Martin-Luther-Str. 69, Kreisvorstandsbekanntmachung.
12. Kreis. 8 1/2 Uhr Aula des Loggans, Bahnhof Marienhof, Kreisortsterminverhandlung...

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regé.

14. Das Ende des großen Klaus.

Der Krugwirt hatte den Trockenplatz verkauft! Hätte man den Bewohnern im Dorfe erzählt, daß er das Meer verkauft habe, so würde das keine größere Verblüffung hervorgerufen haben.

Und nun ging der Krugwirt ganz froh hin und verkaufte ihn. Mehrere tausend Kronen hatte er, wie es hieß, eingenommen, für etwas, das gar nicht sein Eigentum war!

Zum erstenmal erwachten die Fischer aus ihrer Schläflichkeit und begannen aufzumucken; das war ihnen denn doch zuviel. Sie versammelten sich und beratschlagten und trieben es so weit, zwei Mann nach der Stadt zu schicken, die einen Rechtsanwalt um Rat frage sollten.

Miete zu bezahlen brauchten. Er konnte sie auf die Straße legen, wann er wollte.

Wie war das zugegangen? Ja, wer so klug gewesen wäre, dem Krugwirt hinter die Zähne sehen zu können! Der eine hatte hier ein wenig nachlassen müssen, der andere dort; mehrere hatten ihr Anrecht durch Zehen verloren, andere hatten darauf verzichtet, um Brot auf den Tisch zu bekommen.

Und doch war es ein wunderliches Erwachen; Stines traurige Heimkehr zur Unzeit erregte nicht die Aufmerksamkeit, die sie verdient hatte.

Sobald das Frühjahrswasser gesunken und der Weg zum Dorf fahrbar geworden war, kamen aus der Stadt ganze Fußren von Pfählen und Einfriedigungsdracht an, und der Trockenplatz wurde eingezäunt.

Vergerlich war's, aber auch spannend. Der Mann, der den Trockenplatz gekauft hatte, war gewiß so reich, daß er nicht wußte, was er mit seinem Gelde anfangen sollte.

und ein Garten sollte angelegt werden — hier mitten im Sande; es hieß, daß Gartenerde von den Feldern des Krugwirts hierher gefahren werden sollte.

Sande; es hieß, daß Gartenerde von den Feldern des Krugwirts hierher gefahren werden sollte. Gar zu viel war freilich davon da oben auch nicht zu holen.

Zu Anfang des Frühjahrs trafen Steine und Bauholz aus der nächsten Stadt ein. Die städtischen Rutscher wollten nicht durch den losen Sand fahren; darum wurde das Baumaterial oberhalb der Dünen abgeladen, und der große Klaus mußte es durch den Hohlweg nach dem Trockenplatz schleppen.

Auch der kleine Paul war da. Er war jetzt sieben Jahre und sollte in wenigen Tagen in der Schule anfangen; da hieß es also die Zeit ausnützen.

Wenn Sörine von der Rückenart aus rief, überhörte er es völlig; nicht einmal auf Stine hörte er. Das Essen wartete, oder er sollte irgendeinen Gang tun — und immer bekam er Schelte.

(Fortf. folgt.)

Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

In dem zweiten Verhandlungstage wird nach Verlesung der Akte der Angeklagte Müller vernommen. Der Präsident ermahnt ihn, der eine etwas legerere Haltung annimmt, vor dem Gerichtshof

ein anderes Betragen

an den Tag zu legen. Müller war Kommandant des Gefangenenlagers Flavius-Wartburg in Frankreich.

Der Angeklagte gibt eine ausführliche Schilderung der Zustände im Lager. Die Unterkunft sei sehr schlecht gewesen. Auf die Unzulänglichkeit der Verpflegung habe er die vorgelegten Dienststellen hingewiesen. Auf den Vorwurf, daß die Leute nicht genug Wasser gehabt hätten, erklärt der Angeklagte, daß die Brunnen in der Umgebung unbrauchbar gewesen seien. Es sei ihm aber gelungen, nach einigen Tagen mehrere Brunnen gebrauchsfähig zu machen. Auch eine Entlassungsanstalt habe er errichten lassen. Der Angeklagte gibt zu, daß die Baracken sehr stark belegt waren, bis zu 700 Mann. Ein Arzt sei am Anfang nicht vorhanden gewesen. Solange er im Lager war, sei nur ein Mann gestorben. Auf den Vorhalt des Präsidenten, daß geradezu gruselige Zustände im Lager herrschten, verbleibt der Angeklagte bei seiner Aussage. Den Vorwurf der Grab- und Beisenschändung weist der Angeklagte erreszt zurück.

Eine Keitpeitsche habe er nie getragen. Einen Arbeitsunwilligen, den er als Rädelsführer ermittelt hatte, hat der Angeklagte

an einen Pfahl binden

lassen. Der Präsident hält Müller vor, daß dies eine durchaus unwürdige Behandlung und eine im Gesetz nicht zugelassene Strafe sei. Etwas Schrecklicheres könne man sich nicht denken, als wenn man, an den Schandpfahl gebunden, seinen Landsleuten vorgeführt werde. (Und doch sind Tausende von deutschen Soldaten in dieser Weise von ihren Vorgesetzten entehrt worden! Red. d. „R.“) Der Angeklagte betont, daß dies der einzige Fall dieser Art sei.

Es kommt dann die Mißhandlung eines kranken Engländers zur Sprache, der diphtherieverdächtig gewesen sein soll. Der Angeklagte erklärt, er habe zwei Finger auf die Zunge gelegt, um ihm in den Hals sehen zu können. Der Präsident hält Müller vor, daß er dem Engländer die Faust in den Mund gesteckt haben sollte. Damit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet. Um 12 Uhr wird in die Zeugenvernehmung eingetreten.

Der erste englische Zeuge D. Haggindocham, der Dolmetscher im Lager war, schildert die schlechten Gesundheitsverhältnisse des Lagers. Im Mai 1918 habe er

80 Todesfälle im Lager

gesehen. Der Angeklagte habe das Lager am 7. Mai verlassen. Müller behauptet, wie schon erwähnt, daß bis dahin nur ein Todesfall vorgekommen sei. Dann verbreitet sich der Zeuge über die Behandlung der Gefangenen, die sich krank meldeiten. Der Angeklagte soll einzelnen von ihnen die infolge der starken Verlausung angelegten Papierverbände abgerissen haben. Der Feldwebel Schubert habe

Schwerkranke gezwungen, zum Appell anzutreten.

Zwei von diesen seien eine Stunde später gestorben. Ob der Angeklagte dabei gewesen war, kann der Zeuge nicht sagen. Der Angeklagte will von diesem Falle nichts wissen. Von Schimpfworten hat der Zeuge nur die Worte „verfluchte Engländer“ gehört. Mißhandlungen von Gefangenen durch den Angeklagten sind dem Zeugen zu Ohren gekommen. Der Angeklagte sei auch in die zum Appell angebrachten Gefangenen mit dem Pferde hineingeritten.

Hierauf werden die Auslagen mehrerer in London vernommener Zeugen verlesen. Der Vortrag bleibt im Hörsaalraum fast unmerklich. Gegen 1 1/2 Uhr wird die Verhandlung bis 4 Uhr ausgesetzt.

Nach der Mittagspause wird die Verlesung der in England protokollierten Zeugenaussagen britischer Gefangener fortgesetzt. Der Zeuge Rador hat Angaben über die schlechten Gesundheitsverhältnisse im Lager gemacht. Es habe schließlich 500 Ruhkranken im Lager gegeben. Von der Arbeit sei niemand befreit worden. Beschwerden hätten keinen Erfolg gehabt. Ein Stabsarzt, der das Lager besuchte, habe einen guten Teil der Gefangenen als arbeitsunfähig bezeichnet.

Ein weiterer in England vernommener Zeuge hat ausgesagt, von der Arbeit im Lager seien nur die Befreiten worden, die umfielen. Besonders schwer hätten die Leute unter der

übergroßen Menge des Angelegers

gelitten. Der Hauptmann sei dabei gewesen, als die Leute umfielen, die zur Arbeit geführt wurden. Der Zeuge hat sich nicht über die Behandlung im Lager beschwert.

Der ebenfalls in London vernommene Zeuge Armstrong hat unter anderem ausgesagt, daß die Gefangenen keine Decken hatten und sich nicht ordentlich waschen konnten.

(Schluß in der Abendausgabe.)

Urteilsbegründung im Prozeß Hennens.

In der Begründung des Urteils gegen den Angeklagten Hennens heißt es u. a.:

Der Gerichtshof hat die Aussagen der englischen Zeugen als durchaus glaubhaft angesehen und als Grundlage der Feststellungen bemerkt. Den Vorfall am Morgen des 14. Oktober 1915 hat der Gerichtshof entgegen der Auffassung des Oberreichsanwalts und in Übereinstimmung mit der Verteidigung als Aufruhr angesehen, gegen den der Angeklagte mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einschreiten mußte. Er war dazu nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet. Danach scheidet die schwerste der gegen den Angeklagten erhobenen Beschuldigungen aus. Dagegen sind alle diejenigen Fälle als erwiesen angesehen worden, an denen es sich um Mißhandlung der englischen Gefangenen handelt. Die festgestellten Handlungen sind Mißhandlungen im Sinne des § 122 des Militärstrafgesetzbuches in Verbindung mit den strafverhindernden Bestimmungen der §§ 33-35. Es ist durchaus nicht zu verkennen, daß es sich um rohe und gewalttätige Ausschreitungen handelt, die gegen mehrfache Leute verübt wurden, gegen feindliche Ausländer, von denen er genau wußte, daß sie sehr bald in ihr Vaterland zurückkehren würden. Das bedeutet daher

nicht nur eine Schädigung des Ansehens der deutschen Arme, sondern auch des Ansehens des deutschen Volkes, das in dem Bewußtsein, eine Kulturnation allerersten Ranges zu sein, derartige Schandthaten und Grausamkeiten wohl von sich weiß.

Dennoch sind die von der Verteidigung vorgebrachten Milderungsgründe im weitestem Maße berücksichtigt worden. Bei der Bewertung der Beweisaufnahmen war zu berücksichtigen, daß darin gerade die Nationalität dieser Leute hervorgehoben worden ist. Wie es für uns, die damals Vielbeschäftigten, gerade sehr empfindlich war, daß die deutsche Eigenschaften immer hervorgehoben wurde, so muß angenommen werden, daß eine gleichgeartete Antipathie, wie die englische, das schwer empfinden muß.

Unterhausentrüstung über das erste Urteil.

London, 26. Mai. (Reuter.) Als der Regierungsvorsteher heute nachmittag im Unterhaus mitteilte, daß Hennens vom Reichsgericht in Leipzig zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wurde diese Mitteilung von den Abgeordneten mit dem Rufe: „Das ist eine Schandtat“, aufgenommen. Unter allgemeinem Beifall fragte Sir Frederick Bantury: Wird dem Hause Gelegenheit gegeben werden, über die Unangemessenheit dieses Urteils zu verhandeln?

Stadtfinanzen · Arbeiterentlassungen

Gegen Auswüchse des Straßenhandels, der Nummeplätze, der Spielhallen.

Die Stadtverordnetenversammlung verhandelte gestern darüber, ob in den Betrieben und Verwaltungen der Stadt notwendige Arbeiterentlassungen vorgenommen werden sollen oder nicht. Wie eng die Frage mit der unabwiesbaren Aufgabe zusammenhängt, die Finanzen der Stadt in Ordnung zu bringen, zeigte besonders die Rede des Kammerers. Die Kommunisten standen mit ihrem jede Entlassung verwerfenden Antrag allein. Die Unabhängigen forderten, daß Entlassungen nicht erfolgen sollen ohne vorherige Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter und Angestellten durch eine Ausgleichsstelle. Diesen Standpunkt nahmen auch die Sozialdemokraten ein, und ein entsprechender Antrag der Unabhängigen wurde dann angenommen. Erörtert wurde auch der Streit um die 10-Pfg.-Zulage für Arbeiter technischer Betriebe, der durch eine vom Magistrat inzwischen angebotene Regelung seine friedliche Lösung finden wird. Ein diesbezüglicher Antrag der Unabhängigen wurde von den drei linksstehenden Fraktionen angenommen; gegen ihn stimmten alle bürgerlichen Fraktionen. — Im ersten Teil der Sitzung gab es eine lange Debatte über Straßenhandel, Nummeplätze und Spielhallen. Die bürgerlichen Fraktionen begründeten ihren alten Haß gegen den Straßenhandel in heftigen Worten. Statt des Antrages der Sozialdemokraten wurde ein Antrag der Unabhängigen, der nur Bekämpfung der Auswüchse fordert, von den drei linksstehenden Fraktionen und auch von den Demokraten angenommen.

Sitzungsbericht.

Die heutige auf „pünktlich“ 5 Uhr einberufene Sitzung wird ganz kurz vor 8 Uhr vom Vorsteher Dr. Weigl eröffnet.

Zunächst erfolgt die Einführung des als Nachfolger des ausgeschiedenen nunmehrigen preussischen Innenministers Dominicus in den Magistrat eintretenden Stadtrats Peters (Demokrat).

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, den Erwerbslosen und Kurzarbeitern die städtischen Frei- und Fließbäder unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, schießt bei der Rede auf Widerpruch.

Zwei weitere Dringlichkeitsanträge, die Erhöhung der Beiträge der Pensionäre und Hinterbliebenen der

Strassenbahnarbeiterschaft

betreffend, sind von den Soz. und den U. Soz. eingereicht worden. Sie gehen auf Antrag v. Egnern (D. Sp.) sofort an einen Ausschuss.

Der Antrag Heimann (Soz.) vom 14. April 1921, monoch die im Schiedspruch vom 16. November 1920 aufgestellten Grundzüge zur Regelung des Dienstverhältnisses der an den Fach- und Fortbildungsschulen der Innenbezirke nebenamtlich beschäftigten Lehrkräfte in gleicher Auswirkung auch für die Außenbezirke Anwendung finden sollen, wird angenommen.

Bis zum Inkrafttreten einer neuen allgemeinen Friedhofs- und Gebührenordnung für sämtliche 65 Friedhöfe Groß-Berlins soll der dringende erforderliche Ausgleich entsprechend den Wünschen der Vorortgemeinden durch Erhebung eines angemessenen Zuschlags zu den veralteten Gebühren erfolgen. Dem Zuschlag soll der Ausschuss für das Bestattungswesen jenseits errechnen; Ermäßigungen und Befreiungen sollen durchweg fortfallen. Der Vorschlag des Magistrats fand Annahme.

Der nächste Antrag, vom Stadtr. Dove (Dem.) und Gen. am 21. April eingebracht, wendet sich gegen die Uebelstände, die sich bei

Strassenhandel, Nummeplätze und Spielhallen

herausgebildet haben. In Verbindung damit wird die Anfrage der U.S.P. behandelt, die den Straßenhandel mit geräucherter Speck beirrägt, und vom Magistrat Auskunft verlangt, ob der Speck auf Trichinen untersucht ist, und wer die Kontrolle ausübt.

Stadtrat Ranke teilt mit, daß der polizeiliche Veterinärdienst sein Augenmerk bereits diesem Handel zugewendet hat; beim Passieren der Grenze werde der Speck untersucht.

Merten (Dem.) begründet den Antrag seiner Fraktion. Der Straßenhandel habe sich wieder sehr breit gemacht, er beschäftige jetzt 20-25 000 Menschen; dazu lege kein Anlaß vor. Das schärfste, steuerträchtige Gewerbe, die Gesundheit und der Geldbeutel der Käufer, wie auch der Verkehr litten gleichmäßig unter den Auswüchsen dieses Straßenhandels. Besonders verderblich seien die Automatenspielhallen, ein geradezu monströses Instrument zur Ausbeutung der Unerschaffenheit namentlich der Jugendlichen; dabei seien sie nur mit 35 Pf. Steuer belegt. — Zimmermann (U.S.P.): Wieder einmal sollen also, weil die Interessen der Besitzenden leiden, die armen Straßenhändler verjagt und unterdrückt, die elenden Kriegsbeschädigten, die das „dankbare Vaterland“ auf diesen Weg zur Existenzgründung geradezu drängt, mit Strafmandaten beglückt werden! Wieder hat hier der Volksmund recht mit dem

Wort von den Kleinen und großen Dieben:

die Kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. — Kammerer Rading: Die Spielautomaten sind nicht mit 35, sondern mit 75 Pf. täglich oder mit 20 M. monatlich steuerfrei, und diesen Soz hat diese Vermahlung beschloffen. Ich halte ihn für absolut unzulänglich. Anderswo hat man den Soz so hoch gewählt, daß schon am Tage nach seinem Inkrafttreten alle diese Automaten verschwanden. So sollte auch Berlin verfahren. (Zustimmung.) In der nächsten Zeit wird eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

Linke (Dnat.): 75 Proz. des Straßenhandels sind in den Händen von Kapitalisten. (Widerpruch und Lachen auf der Zuhörertribüne.) In manchen Straßenzügen, so Königgräber und Landsberger Straße, dominieren die Straßenhändler in einer Berlin geradezu unwürdigen Weise. — Radowick (Komm.) plädiert mit großer Schärfe gegen Merten und Linke, wobei es zwischen Wolf Hoffmann und Hintorf und den Bürgerlichen zu temperamentvollen Zu- und Zwischenrufen kommt. Ein Antrag der U.S.P., der inzwischen eingelaufen ist, wünscht Prüfung der Auswüchse des Straßenhandels unter Teilnahme der Organisation der Straßenhändler; ein Antrag der Demokraten will die Vermögenssteuer auf die Spielhallen auf 20 M. pro Tag erhöhen. — Schröter (Wirtsch. Bgg.): Wir stimmen dem Antrag Merten zu. Vor allem muß mit dem gesetzlichen Ladenschluß auch der Straßenhandel aufhören. — Ewald (Soz.): Es genügt uns nicht, daß der Speck an der Grenze untersucht wird; der Magistrat muß hier für einschneidendere Maßregeln zum Schutz der Bevölkerung sorgen.

Mit dem Antrag Merten ist nichts anzufangen.

Einen privilegierten Handel können wir nicht anerkennen. Wir

werden dem Antrag Weigl zustimmen, denn auch wir sind für eine vorurteilslose Untersuchung der Auswüchse des Straßenhandels und des Treibens auf den Nummeplätzen.

Falkenberg (D. Sp.) hält baldiges und energisches Einschreiten vom Standpunkt des Hygienikers für geboten und bebauert nur, daß der Antrag der Demokraten so spät kommt. Leicht verderbliche Nahrungsmittel müßten vom Straßenhandel ausgeschlossen sein. Mit ganz besonders kräftigen Ausdrücken geht der Redner gegen die Spielwut, das Erbäbel der Deutschen, an.

Der Antrag Merten wird gegen die bürgerlichen Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag Weigl mit sehr großer Mehrheit angenommen. Auch der Antrag Merten wegen der Erhöhung der Spielautomatensteuer gelangt zur Annahme.

Hierauf geht die Versammlung auf Antrag der U. Soz. über zu den Anträgen Gabel und Weigl betr. die

Entlassung städtischer Arbeiter und Angestellten.

Der Antrag der Kommunisten verlangt, daß bei allen Einschränkungen von Arbeitskräften in der Verwaltung der städtischen Betriebe Entlassungen nicht stattfinden dürfen, der Magistrat vielmehr für zweckmäßige anderweitige Beschäftigung der Freiwerdenden sorgen soll. Der Antrag Weigl ersucht den Magistrat, die Verfügung vom 13. Mai (Kündigung sämtlicher Kräfte der Bezirksstellen wegen Arbeitsmangel), die einen glatten Tarifbruch darstellen, sofort zurückzuziehen; im Falle drohender Betriebsbeschränkungen soll zunächst eine paritätisch zusammengesetzte Ausgleichsstelle in Anspruch genommen werden. Zugleich betaten wird ein Dringlichkeitsantrag Weigl, der den Magistrat auffordert, die in den technischen Betrieben beschäftigten städtischen Arbeiter sofort in den Genuß der ihnen durch Schiedspruch vom 9. Februar zugesprochenen Zulage von 10 Pf. pro Stunde zu setzen.

Derr (Komm.) führt als Begründer des ersten Antrags aus, daß es ein Verbrechen sein würde, das schon auf 135 000 Köpfe angewachsene Berliner Arbeitslosenheer noch zu vermehren. Man gehe trotzdem damit um, bei den Straßenbahnen, Gasanstalten usw. Massenentlassungen vorzunehmen, wie sie beim Kohlenamt schon erfolgt seien. Wie schlimme Erfahrungen man mit dem Magistrat als Tarifkontrahenten machen könne, dafür zeuge auch das Schicksal der Zulage der 10 Pf.; habe man doch allen Ernstes von Amts wegen gekündigt, daß die Straßenbahn ein technischer Betrieb sei! — Dettmer (U. Soz.): In dieser Zeit wirtschaftlichen Niedergangs darf man nicht noch künstlich Erwerbslose schaffen. Im Kohlen- wie im Röhrenamt ist unter völliger Mißachtung der Arbeiterrechte mit Kündigungen vorgegangen worden. Die Durchführung des Schiedspruchs vom 9. Februar hat der Magistrat bis heute zu verhindern gewußt.

Stadtrat Brühl: Die

Vorwürfe gegen den Magistrat

wegen unberechtigter Kündigungen sind größtenteils unbegründet (Lachen bei den Komm.). Im Kohlenamt sind die Kündigungen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat erfolgt; auch im weiteren Verlaufe der Sache ist das Verhalten des Oberbürgermeisters durchaus korrekt gewesen. Die Kündigung des gesamten Personals ist zurückgenommen worden; nur ein Teil der Kündigungen bleibt aufrechterhalten. Der Schiedspruch vom 9. Februar ist unklar gewesen; die Klärung hat allerdings etwas lange gedauert. Heute hat der Untersuchung der Tarifdeputation mit den Vertretern der Bahnartelle verhandelt.

Als technische Betriebe werden zunächst in Uebereinstimmung mit den Arbeitnehmerverbänden folgende festgestellt: A. Betriebe: Gaswerke, Elektrizitätswerke, Wasserwerke (streitig bleiben Standaufnehmer, Kaffee- und Laternenanzünder); Kanalisation inkl. Bauverwaltung (streitig Lagerplätze); Hoch- und Tiefbau (streitig); Hofen- und Speicherbetriebe, nach Ansicht der Verwaltung (streitig); Meiereien einschl. Milchbetriebe, ausgenommen Milchamt; Straßenbahn (Außenbetrieb streitig); Fuhrparks Groß-Berlin; Schlachten- und Steinfabriken; Verbrennungsanstalten; Fleischverrichtungsanstalt Rüdmin; (Schlacht- und Viehhöfe (streitig); Eiswerke; Druckereien; Ammoniak- und Säurefabriken; Holzerzeugnisse. — B. Abteilungen: Technische Abteilungen der Anstalten und Kammerebetriebe. Zentrale Buch (Licht, Kraft, Wasser, Schlächterei- und Bäderebetriebe); Betriebspersonal der Maschinen- und Heizungstechnischen Anlagen der Kranken-, Pflege- und Badeanstalten, ferner Wäsch- und Kochküchen (streitig Handwerker, also Sattler, Maler, Maurer, Tischler und dergl.); Uebereinstimmung herrscht, daß Krankenpflege- und Hauspersonal nicht zum Betriebspersonal gehöre; Verwaltungsanlagen der Verwaltungsgesäude und Schulen; Autoreparaturwerkstätten; Hauptwerkstoff und Fahrzeugdepots der Straßenreinigung; Verbrennungsschleifungen der Krematorien.

Der Magistrat hat in diesem Umfange die Vereinbarung gutgeheißen und wird die betreffende Bewilligung alsbald bei der Versammlung beantragen. Ueber die staatlichen Betriebe wird abermals ein Schiedsgericht entscheiden.

Kammerer Rading: Wir können zur Befundung der Berliner Finanzen nicht kommen, wenn wir an den durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen absolut festhalten. Die Straßenbahn muß sich fortan selbst erhalten, weil niemand uns das Geld zur völligen Reorganisation der Betriebs geben will. Die Gaswerke könnten gut und wirtschaftlich arbeiten, aber wir kommen über den Umstand nicht hinweg, daß die Zahl der Arbeiter höher ist, als wir wirtschaftlich verantworten können; die Betriebsräte lassen die Wegnahme überflüssiger Kräfte nicht zu. (Hört, hört!) Wir werden eoll. die Tarife erhöhen müssen, aber nur, um die im Betriebe Stehenden im Betriebe zu erhalten. So blüht also Entlassungen sein mögen, wir müssen dazu greifen, sie sind das kleinere Uebel. Besser so, als daß

Die Stadt ihre Zahlungen einstellt

und vor einem ungeheuren Chaos steht. (Wärm und stürmische Zurufe bei den Komm. und auf der Tribüne.) — Fabian (Dnat.): Der Kammerer hat die Situation richtiggestellt. — Dove (Dem.) hält den Antrag Weigl für gegenstandslos. — Caspari (D. Sp.): Der Betriebsrat der Stadt Berlin hat in der Kündigungsfrage eine sehr eigentümliche Rolle gespielt und gegen das Betriebsrätegesetz verstoßen.

Heimann (Soz.): Zu der allgemeinen Finanzdebatte noch das Wort zu nehmen, ist es jetzt (9 Uhr 23 Minuten) wohl zu spät, wir kommen demnächst darauf zurück. Eine andre Arbeits- und Dienststellung zur rentableren Bestattung der Betriebe ist notwendig; in allen Deputationen wird daran gearbeitet. Bedauerlich ist, daß die Regelung der 10-Pfg.-Zulage so lange gedauert hat. Wir hoffen, daß die Regelung der noch strittigen Punkte schleunigst erfolgen wird. Den Antrag Gabel lehnen wir ab, dem Antrag Weigl in seinem zweiten Teil stimmen wir zu, nachdem der erste durch die Erklärungen des Stadtrats erledigt ist.

Der Antrag Gabel wird abgelehnt, der Antrag Weigl betr. die Ausgleichsstelle angenommen, desgl. der Antrag betr. die 10-Pf.-Zulage.

Nach 10 Uhr dauert die Sitzung fort.

es im Volke auch einige tausend Rohlinge vom Schlage Hennens geben, das Reichsgericht hat in seiner Urteilsbegründung mit Recht betont, daß die große Masse des hochkultivierten deutschen Volkes vernichtend über solches Treiben urteilt. Zu dieser großen Masse des hochkultivierten Volkes gehört Herr Haggindocham allerdings nicht.

Der amerikanische Senat hat einstimmig den Zulageantrag Vorab über die Reduzierung der Kriegsschiffe angenommen. Darin wird Präsident Harding erlaubt, eine englisch-amerikanisch-japanische Konferenz zwecks Abrüstung zur See einzuberufen.

Gewerkschaftsbewegung

Tagung der deutschen Polizeibeamten.

Der 3. ordentliche Verbandstag des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands wurde vom Vorsitzenden Winkler-Steglich am Donnerstag in Habels Brauerei mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er den anwesenden Vertretern von Ministerien und Behörden besonders dankte.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden Ruch-Hamburg, Siering-Düsseldorf, Schäfer-Hessen und Fickel-Dresden gewählt.

Insgesamt waren rund 105 000 Mitglieder durch 178 Delegierte vertreten.

Das Programm des Verbandes wurde vom Generalsekretär Dr. Franke erläutert. Er forderte die volle Koalitionsfreiheit und den Zusammenschluß aller Beamten auf gewerkschaftlicher Grundlage. Von diesen Gesichtspunkten aus sei es Aufgabe des Reichsverbandes, folgende fünf Grundforderungen aufzustellen:

Die vollziehende Gewalt ist auf die Reichsregierung zu übertragen. — Solange die Polizeihohheit von den Ländern ausgeübt wird, ist die Verstaatlichung der gesamten Polizei in den einzelnen Gliedstaaten zu erstreben. — Der dienstliche Aufbau der Polizei hat so zu erfolgen, daß sie in den Ländern einer Zentralgewalt untersteht und die Polizeibeamtenschaft freibleibt von parteipolitischen und kommunalpolitischen Einflüssen. — Die Anstellung im Polizeidienst hat nach einer Bewährungsfrist auf Lebenszeit mit Ruhegehaltsberechtigung zu erfolgen. — Der Polizeibeamte ist so zu besolden, daß seine wirtschaftliche Stellung nicht gefährdet ist und er seine Vollkraft freudig im Interesse des Staates zur Verfügung der Allgemeinheit stellt. Die Zukunft der Polizeibeamten und ihrer Hinterbliebenen ist für den Invalidentät- oder Todesfall sicherzustellen.

Von der Gesetzgebung verlangt der Reichsverband: Die Sicherung der Grundrechte der Polizeibeamten durch Reichsgesetz. — Eine einheitliche Regelung der Gehaltsverhältnisse. — Die Schaffung eines Beamtenrätigesetzes. — Neuordnung des Disziplinarrechts unter Berücksichtigung zeitgemäßer Rechtsgrundsätze. — Schaffung einer ausreichenden Fürsorge für kranke, invalide und alte Polizeibeamte und ausreichende Versorgung für die Hinterbliebenen der im Dienst ums Leben gekommenen Beamten. — Beseitigung aller Gesetze, Verordnungen und Verfügungen, die den Zusammenschluß und die Aufwärtsbewegung der Polizeibeamten hemmen. — Schaffung von Polizeischulen. — Schaffung von Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für die unteren Beamten zu den höheren Dienststellen. — Vereinheitlichung des gesamten Polizeiwesens. — Einheitliche Uniformierung und Bewaffnung aller Exekutivbeamten. — Einheitliche Amtsbezeichnung der einzelnen Dienstgrade der Polizeien innerhalb des Reichsgebietes.

Leitender Grundsatz des Reichsverbandes soll sein, daß das Arbeitsverhältnis zum Staate ein Treueverhältnis ist. Deshalb kann die volle Anwendung gewerkschaftlicher Mittel für den Polizeibeamten nicht in Frage kommen. Die Inanspruchnahme des Streikrechts sei mit der unbedingt zu fordern eisenen Disziplin eines Polizeikörpers nicht in Einklang zu bringen.

Im Anschluß an dieses Referat folgte ein Vortrag über „Die Forderungen der Schutzpolizei“. Redner hierzu waren Leutnant Finnefroh und Generalsekretär Dr. Franke. Die Ausführungen der Redner lassen sich dahin zusammenfassen, daß diesen auf 12 Jahre angestellten Polizeibeamten auch die Zukunft sichergestellt werden müsse. Es soll ihnen die Möglichkeit des Uebertritts zur Verwaltungs-, Kriminal-, Gemeindepolizei oder Landjäger gegeben und die Stellen in der Verwaltungspolizei sollen als gehobene angesehen werden. Die Kriminalpolizei soll eine erhöhte Einstufung in die Befoldungsordnung erfahren und die Landjäger mit der Verwaltungspolizei gleichgestellt werden.

Nach einer langen und zeitweise recht lebhaften Aussprache wurde eine Mittagspause beschlossen und um 3 Uhr die Aussprache bei beschränkter Redezeit fortgesetzt.

Beigelegter Konflikt.

Wir berichteten in unserer gestrigen Morgenausgabe, daß die städtischen Arbeiter an den Magistrat ein Ultimatum wegen der Auszahlung der ihnen vom Schlichtungsausschuß zugesprochenen Schwarzarbeiterzulage von 10 Pf. pro Stunde gerichtet haben. Im Laufe des gestrigen Tages fanden mit der städtischen Deputation Verhandlungen statt, die zu einer Einigung führten. Der Magistrat erkennt den Schiedsspruch für circa 40 000 Arbeiter an und wird die Lohnerhöhung zur Auszahlung bringen. Die Arbeitnehmervertreter verlangten, daß noch einige andere Arbeiterkategorien zu denen hinzugezählt werden sollen, die nach der Ansicht der Deputation Anspruch auf diese Zulage haben. Man einigte

sich schließlich dahin, die einzelnen Streitfälle einem Schlichtungsausschuß zu unterbreiten, der von Fall zu Fall darüber entscheiden soll, wer als technischer Arbeiter anzusehen ist und ein Recht auf die 10-Pf.-Stundenzulage hat.

An die Möbeltransportarbeiter.

Alle Kollegen unserer Branche, Betriebsräte, Vertrauensleute, Obleute sowie Fahrer, Aufsicher und Arbeiter werden ersucht, scharfe Kontrolle über unsere Streikliste auszuüben. Ueberall, wo sich in den Betrieben fremde Kollegen zur Arbeit melden, muß der Streiklisten erst vorgezeigt werden. Des Weiteren weisen wir darauf hin, unsere arbeitslosen und nichtangestellten Kollegen bei Arbeitseinteilung zu berücksichtigen und ebenfalls der Geschäftsleitung Fingerzeige zu geben, wie mehr Kollegen bei größeren Umzügen eingestellt werden können. Auch machen wir darauf aufmerksam, nur in ganz notgedrungenen Fällen Ueberstunden zu leisten, damit ein Teil unserer arbeitslosen Brüder beschäftigt werden kann. Außerdem muß es unsere Aufgabe sein, in allen Betrieben die Kontrolle der Verbandsbücher regelrecht durchzuführen. Bei Neueinstellung von Kollegen muß sofort auf die Verbandszugehörigkeit geachtet werden. Kein Kollege in unserer Branche darf als Unorganisierter arbeiten.

Die Branchenleitung für Möbeltransport.

Ueber den Streik in Niederschlesien

werden sowohl von U.S.B. als auch von der U. durchaus unzutreffende Meldungen verbreitet, die wahrscheinlich aus dem Unternehmerlager stammen. So soll es sich nach einer Mitteilung der U. um einen „milden“ Streik handeln, der über die Köpfe der Arbeiterführer hinweg durchgeführt wird, während in einer woffischen Meldung von kommunistischen Umtrieben gesprochen wird. Beides ist falsch. Die Bewegung befindet sich, wie uns von unterrichteter Seite gemeldet wird, fest in der Hand der Organisationsleitungen. Nach einer weiteren Woff-Meldung sollen nur die dringlichsten Notstandsarbeiten verrichtet werden. Auch dies ist unrichtig. Die Notstandsarbeiten werden zurzeit in vollem Umfange ausgeführt und sollen erst dann auf das Mindestmaß beschränkt werden, wenn die Werksbesitzer weiter auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharren. Die bürgerliche Presse bringt ferner die Meldung, daß die Technische Hochschule alarmbereit stehe. Man treibt hier ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Die Organisationsleitungen werden dafür sorgen, daß sich die Hoffnungen gewisser Kreise, die es gerne fähen, wenn die Bewegung die gesellschaftlichen Bahnen verlasse, nicht erfüllen. Verhandlungen der Organisationsleiter mit den Provinzialbehörden haben bereits stattgefunden. Nach Eintreffen der Regierungsvorretreter aus den Ministerien sollen die Verhandlungen mit den Werksbesitzern sofort aufgenommen werden.

Neuregelung der Lohnsätze in der Effigindustrie. Die in den Groß-Berliner Effigfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kuischer, welche reiflos dem Deutschen Transportarbeiterverband als Mitglieder angehören, hatten ihre Lohnsätze nach den Bestimmungen des bestehenden Tarifvertrages gekündigt. Es wurde eine durchschnittliche Erhöhung von 75 Pf. pro Stunde gefordert. Nach längeren Auseinandersetzungen wurden folgende Stundenlöhne — gültig ab 15. Mai — vereinbart: Effigarbeiter 5,80 M., Hof- und Hilfsarbeiter 5,20 M., Jugendliche 3,70 M., Frauen 3,60 M. Die Kuischer erhalten 205 M. pro Woche. Gegen eine nicht erhebliche Minderheit wurden diese Lohnsätze in einer Branchenversammlung angenommen.

Betriebsräte der Metallindustrie. Die am Sonntag und Montag in der Presse veröffentlichten Notizen über Versammlungen der Betriebsräte der Metallindustrie sind irreführend. Wir weisen darauf hin, daß die Versammlung der Vorsitzenden der Betriebsräte Dienstag, pünktlich 3 Uhr in der Schulaula Köpenickplatz stattfindet. Das Erscheinen aller Vorsitzenden der Betriebsräte ist unbedingt Pflicht — Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

U.S.B.-Eisenformer und Siebverleiher! Heute 6 Uhr Versammlung bei Sachse, Lindbom Str. 28 (gegenüber Bahnhof Hedding). Vortrag des Kollegen Adelt, Waidich über: „Koslos oder Amsterdams“. Freie Aussprache. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Gewerkschafts-Kommunisten Berlin und Umgebung. Die Sitzung der Gewerkschaftsbibliothekar fällt im Mai und Juni aus. Kuischer Transportarbeiter-Verband. Handlungsdirektor und -arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenwäsche, Schürzen-, Unterrock-, Weißwaren- und Kapfrierbranche! Heute 3 Uhr bei Bittke, Hohstraße 109. Gruppenversammlung. — Chemische Branche. Gruppe Chirurgen! Heute 5 1/2 Uhr bei Florian, Siegfriedstr. 31. Gruppenversammlung.

Aus der Partei.

Peinliche Tatsachen.

Wir hatten kürzlich gemeldet, daß im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. die unabhängigen Ortsgruppen Limburg und Weilburg zur alten Partei übergetreten sind. Das veranlaßte die „Freiheit“ am 24. Mai, unsere Angaben als falsch zu bezeichnen. Daß diese Uebertritte der U.S.P. unangenehm sind, ist durchaus begreiflich, aber

es hilft ihr absolut nichts, auch wenn sie noch so oft diese Tatsachen abzuleugnen versucht, denn die Uebertritte sind reiflos erfolgt. Wir werden in den nächsten Tagen Uebertritte weiterer Ortsgruppen melden.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: R. 40, In den Jellen 24.

Freitag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Bernau. Jugendheim Stadtschule Annoncengasse, Vortrag: „Segelnde Segelnde“. — Charlottenburg. Jugendheim Köpenickstr. 4, u. 1. L. Vortrag: „Sozialistische Jugendbewegung“. — Neukölln-Süd. Jugendheim Regattastr. 20, Vortrag: „Die Bedeutung der Internationale“. — Ostern. Petersburger Viertel. Jugendheim Schule Strohmännstr. 6, Vortrag: „Entstehung der menschlichen Gesellschaft“. — Schöneberg 1. Jugendheim Kubensstraße, Ecke Hauptstraße, Lichtbildervortrag: „Wanderungen durch den Teutoburger Wald“. — Kreuzberg. Jugendheim Eisenstr. 3, Vortrag: „Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. — Weiskopf. Jugendheim Weiskopfbrauerei 1 (Rebigenheim), Vortrag: „Gesundheitspflege“.

Sport.

Reichs-Arbeiter-Sporttag.

Zur Demonstration im Lustgarten.

Wir werden gebeten, darauf hinzuweisen, daß der Askanische Platz als Versammlungsstätte nicht in Betracht kommt, da er noch im Gebiet der Sammelplätze liegt. Alle Vereine, die sich ursprünglich am Askanischen Platz sammeln sollten, haben sich nunmehr am Velle-Weance-Platz zu sammeln.

Turnverein Wichte. Die leidenschaftlichen Fortkämpfer zu dem am Sonntag, den 29. Mai, stattfindenden Reichs-Arbeiter-Sporttag finden nicht am 9. Uhr, sondern Sonntag vormittag pünktlich um 11 Uhr statt. Die Kampfrichter melden sich um 10 Uhr am Haupteingang bei dem Vereins-Turnwart von „Wichte“, Fa. Weber. Die jugendlichen Turner und Turnerinnen treffen sich vormittags 11 Uhr Bahnhof Witzleben zum gemeinsamen Einmarsch in das Stadion.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“. Fahrkarte! Heute, Freitag, abends 7 Uhr, Ringstr. 7, Zentralabfahrtung. Erscheinen ist Pflicht! — Sonnabend, den 28. Mai: Auf zur Demonstration nach dem Lustgarten! Start 5 Uhr pünktlich an den zuerst bekanntgegebenen Stellen. Erscheinen aller Bundesgenossen ist notwendig. — Sonntag, den 29. Mai, Start 12 Uhr an den bekannten Stellen zur Fahrt nach dem Stadion. Sammelort umhüllender Atergarten. „Großer Stern“, 12 1/2 Uhr, nur ein Blumenstrauß um Steuernrohr und Abteilungsnummer, Schärpen. Die Bundesgenossen vom 2. und 21. Bezirk treffen sich gleichfalls dort.

Bund der Arbeiter-Musikvereine. Zur Demonstration am Sonnabend, den 28. Mai, begeben sich alle Bundesvereine, die nicht anderweitig eingestellt sind, nach dem nächstgelegenen Sammelplatz. Mandolinenspieler, die in der Lage sind, Marschmusik zu machen, wollen dieses dem Jug-einsteiler melden, damit entsprechende Einrangierung erfolgen kann. Eämtliche Bundesvereine versammeln sich sofort nach Eintreffen im Lustgarten auf der Domtreppe. — Am Sonntag, den 29., treffen sich die Bundesvereine beider Gruppen im Stadion um 1/2 am Haupteingang unter dem großen Tunnel. Bläservereine haben hierzu folgende Musikstücke mitzubringen: Amazonen-Ouverture, Hoch Heideburg, Wiener Bürger, Walzer, Genossen, zeigt an diesen Tagen, daß auch unsere noch junge Organisation bereits Solwertiges leistet und sorgt dafür, daß jeder Verein geschlossen teilnimmt.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin S. O. Am Sonnabend, den 28. 6. M., treffen sich die Mitglieder anlässlich der Sportdemonstration im Lustgarten.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 4 Uhr Frei-wald-Überswalde. Radmittag 1 Uhr Adelsburg bei Bernau. Start Mariane-nenplatz.

Kreisler-Verein „Die Naturfreunde“ (Ordnung). Berlin, Hst. Norden. Der für den 27. Mai angekündigte Vortrag über Naturdenkmalspflege von Herrn Dr. Klose findet erst am Freitag, den 3. Juni, 8 Uhr abends, Brunnenw-straße 6-7, statt.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Krassig: Th. West, Berlin. Verlag: Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin. Druck: Ver-lagsbuchhandlung u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Diers 1 Strasse.

Dujardin
Weinbrand.
DUJARDIN & Co. G. m. b. H. ÜRDINGEN a. Rh.
LAROCHELLE (COGNAC-CHARENTE-MARITIME)

General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 496 und 494.
Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
„Aparthe Neuheiten“ Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21

Lebensmittel

Kabeljau ohne Kopf, im Ganzen	Pfd.	1 30
Seehechte	Pfd.	2 40
Nordsee-Schellfische	Pfd.	1 90
Lebende Schleie	Pfd.	9 00
Rehkochfleisch	Pfd.	6 50
Rehblätter	Pfd.	12 50
Junge Tauben	Stück	7 50
Räucherflundern pommersche	3 90	4 20
Schellfische geräuchert	Pfd.	2 90
Räucheraale mittel	Pfd.	18 00
Räucheraale stark	Pfd.	27 00
Schweineschmalz garant. rein	Pfd.	9 60
Tafelmargarine	Pfd. 8 80 1-Pfd.-Pak.	9 00
Margarine allerfeinste	1/2-Pfd.-Paket	5 25
Harzer Käse	Pfd.	7 40
Harzer Käse (Auslandsware)	Pfd.	9 50
Briekäse	Pfd.	4 70
Große Salzheringe	4 Stück	1 00
Fettheringe	Stück	1 20
Heringsmilch	Pfd.	1 60

Gemüse	
Rhabarber	Pfd. 25 u. 50 Pf.
Salat	großer Kopf 30 Pf.
Radieschen	2 Bund 25 Pf.
Kohlrabi	1 Mandel 3 50
Neue ital. Kartoffel	Pfd. 2 50
Beelitz Spargel	Pfd. 1 30 2 75
Grüne Stachelbeeren	2 30
Zitronen	Stück 60 u. 80 Pf.
Wurstwaren	
Rot-u. Zwiebelberw.	12 00
Landherberwurst	Pfd. 14 00
Sülzwurst	Pfd. 13 00
Jagdwurst	Pfd. 19 00
Bauernmettwurst	Pfd. 19 00
Mager-Speck (deutsch)	21 00
Mausschinken	ca. 2-3 Pfd. schwer. Pfd. 26 00
Schinkenspeck	in Stücken von 1 1/2-2 Pfd. 26 00
Wein einschl. Flasche und Steuer	
1919 Langsurer Mosel	13 20
1919 Edesheimer Rheinh.	15 80
1919 Wincheringer Mosel	16 40
1918 Panades span. Weißwein	17 60
1919 Montagne naturreiner franz. Naturw.	15 80
1917 Priorato schweizer span. Rotwein	24 50
Apfelwein	1/4 Flasche 5 00 bei 20 Flaschen 4 80

Natur-Butter ausländische, allerfeinste Qualität, zum billigsten Tagespreis
Gebrannter Kaffee... Pfund 19 00

Frisches Fleisch	
Rinderkamm u. Brust	11 00
Rinderquerrippe	Pfd. 10 50
Schmorfleisch m. Knochen	12 00
Roastbeef mit Knochen	Pfd. 12 00
Kalb-Vorderfleisch	Pfd. 9 50
Kalbskeule ganz oder geteilt	11 00
Kalbs-Nierenbraten	11 00
Goulasch	Pfd. 11 00
Gehacktes Rind- u. Schweinefl.	12 00
Rosinen Pudding mit Mandelgeschmack	Pfd. 6 00
Pudding Pulver mit verschiedenem Geschmack	Pfd. 5 00
Hafermehl lose	Pfd. 3 00

Reisebüro Wertheim
Leipziger Platz und Königstraße
Alle Fahrkarten ohne Aufschlag
A. Wertheim